

## Pläne zum Umbau der JobCenter sind verantwortungslos

---

**Bis Ende 2010 muss die Bundesregierung eine Neuorganisation der JobCenter umsetzen. Das ist die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts. Die Zeit drängt, gerade angesichts der sich abzeichnenden schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt im kommenden Jahr. Die Zeit drängt auch, weil der in der vergangenen Legislaturperiode ausgehandelte Kompromiss zwischen Bundesregierung und Bundesländern von der Unionsfraktion in letzter Minute torpediert wurde.**

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Wir brauchen eine dauerhaft tragfähige und verfassungsrechtlich saubere Lösung für die Betreuung und Förderung von Langzeitarbeitslosen. Gerade in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit darf es keine Chaotisierung auf dem Arbeitsmarkt geben.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb einen eigenen Gesetzentwurf zur Neuorganisation der JobCenter eingebracht, der auf dem Kompromiss der vergangenen Legislaturperiode beruht und eine Grundgesetzänderung umfasst. Nach diesem Vorschlag behalten Arbeitsuchende auch in Zukunft eine zentrale Anlaufstelle und es bleibt bei der Betreuung und Gewährung von Hilfen und Leistungen aus einer Hand.

Schwarz-Gelb hingegen setzt auf getrennte Aufgabenwahrnehmung. Dadurch würde eine extrem umständliche Verwaltungsstruktur aufgebaut, die unnötig Arbeitsaufwand und Mehrkosten für den Bund von jährlich 450 Millionen Euro und für die kommunalen Träger von 350 Millionen Euro verursacht. Diese zusätzlichen 800 Millionen Euro kommen nicht bei den betroffenen Hilfeempfängern an, sondern würden alleine für ein Mehr an Bürokratie aufgewendet. Die Betreuung für Langzeitarbeitslose würde umständlicher und schlechter.

## Altersteilzeit als Beschäftigungsbrücke über die Krise

---

**Damit die Wirtschaftskrise im kommenden Jahr nicht mit voller Wucht auf den Arbeitsmarkt durchschlägt, bedarf es auch weiterhin flexibler Arbeitsmarktinstrumente. Die geförderte Altersteilzeit hat sich als Beschäftigungsbrücke für Jung und Alt bewährt und sollte deshalb über das Jahresende hinaus verlängert werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat die SPD-Bundestagsfraktion in den Bundestag eingebracht.**

Die Wirtschaftskrise hat weltweit zu einem – teilweise dramatischen – Anstieg von Arbeitslosigkeit geführt. Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich demgegenüber als vergleichsweise robust erwiesen. Bei zwei Gruppen ist das Risiko trotzdem besonders groß, in Zeiten konjunktureller Schwäche arbeitslos zu werden: Ältere Menschen über 50 und jüngere Menschen unter 25 Jahren. Es ist deshalb falsch, gerade zum jetzigen Zeitpunkt die geförderte Altersteilzeit auslaufen zu lassen.

Die SPD-Bundestagsfraktion schlägt in dem Gesetzentwurf vor, die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit um fünf Jahre zu verlängern. Ältere Beschäftigte könnten weiterhin mit Erreichung des 55. Lebensjahres ihre Arbeitszeit mindern und damit die Einstellung eines sonst Arbeitslosen ermöglichen. Für Unternehmen würde ein Anreiz geschaffen, an Beschäftigungsverhältnissen mit Älteren festzuhalten und gleichzeitig jungen Nachwuchskräften eine Perspektive am Arbeitsmarkt zu bieten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich dem Vorschlag verweigert.